

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Arbeit und Wirtschaft	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): FB 5 Beteiligungen	Federführung: RAW
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Finanzierung der MVV-Tarifstrukturreform		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: Reform des MVV-Tarifs mit dem Ziel eines einheitlichen Preises im Stadtgebiet und Vereinheitlichung von Bar- und Zeitkartentarif, Verbesserungen im Ausbildungstarif u.a.		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	
Begründung: Gewünschte Reform des MVV-Tarifs unter Bezugnahme auf diverse StR-Beschlüsse und StR-Anträge		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Um die geplanten Preisanpassungen auf ein verträgliches Maß zu begrenzen, ist ein Ausgleich von Mindereinnahmen durch die Aufgabenträger Landeshauptstadt München und Verbundlandkreise erforderlich, dieser soll auf 5-8 Jahre begrenzt werden. Nach Grundsatzbeschluss in der Gesellschafterversammlung am 9.5. soll die Zustimmung aller Gebietskörperschaften bis Juli herbeigeführt werden. Worst case Scenario: Ausgleich 40 Mio. € jährlich erforderlich, davon 2/3 durch LHM zu tragen (26 Mio. €) . In 2019 nur 50 % für ein halbes Jahr.		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€

2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	wird vom POR kalkuliert
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	13.400.000 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Tarifstrukturreform kann nicht umgesetzt werden.
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Siehe Nr.5.1, keine Verbesserungen für die NutzerInnen des MVV.

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung: